

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 9. Dezember 1992

am Donnerstag, dem 10. Dezember 1992

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	50, 51	Kubatschka, Horst (SPD)	38, 60
Dr. Babel, Gisela (F.D.P.)	11	Dr. Kübler, Klaus (SPD)	61, 79
Blank, Renate (CDU/CSU)	16	Lambinus, Uwe (SPD)	56, 57
Breddehorn, Günther (F.D.P.)	1	von Larcher, Detlev (SPD)	14, 15
Caspers-Merk, Marion (SPD)	58, 59	Dr. Leonhard-Schmid, Elke (SPD)	26, 27
Dr. Diederich, Nils (Berlin) (SPD)	91, 92	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	28, 66
Erler, Gernot (SPD)	89, 90	Löwisch, Sigrun (CDU/CSU)	72
Eymer, Anke (CDU/CSU)	7	Dr. Luther, Michael (CDU/CSU)	18, 19
Dr. Feige, Klaus-Dieter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 53	Männle, Ursula (CDU/CSU)	75
Dr. Funke-Schmitt-Rink, Margret (F.D.P.)	17, 88	Dr. Mahlo, Dietrich (CDU/CSU)	64, 65
Ganseforth, Monika (SPD)	77	Meckel, Markus (SPD)	24, 25
Gansel, Norbert (SPD)	80, 81	Mehl, Ulrike (SPD)	2, 8
Dr. Geiger, Sissy (Darmstadt) (CDU/CSU)	73	Michalk, Maria (CDU/CSU)	69
Graf, Günter (SPD)	82, 83	Mosdorf, Siegmund (SPD)	39, 40
Grüner, Martin (F.D.P.)	22, 23	Nolting, Günther Friedrich (F.D.P.)	84
Hackel, Heinz-Dieter (F.D.P.)	85, 86	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (F.D.P.)	87
Hämmerle, Gerlinde (SPD)	41, 42	Peter, Horst (Kassel) (SPD)	49
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	29, 30	Dr. Protzner, Bernd (CDU/CSU)	32, 33
Jäger, Claus (CDU/CSU)	10, 68	Roth, Wolfgang (SPD)	36, 37
Dr.-Ing. Jork, Rainer (CDU/CSU)	43, 44	Schätzle, Ortrun (CDU/CSU)	71
Karwatzki, Irmgard (CDU/CSU)	74	Schreiner, Ottmar (SPD)	31, 45
Kastner, Susanne (SPD)	9, 63	Sothmann, Bärbel (CDU/CSU)	70
Kirschner, Klaus (SPD)	54, 55	Stiegler, Ludwig (SPD)	46, 62
Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz (SPD)	12, 13	Urbaniak, Hans-Eberhard (SPD)	47, 48
Klemmer, Siegrun (SPD)	34, 35	Wallow, Hans (SPD)	4, 78
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	20, 21	Weiler, Barbara (SPD)	5, 6
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	3, 67	Wiechatzek, Gabriele (CDU/CSU)	76

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Senioren	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Frauen und Jugend	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	5
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	15
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	18

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

1. Abgeordneter
Günther Bredehorn
(F.D.P.) Wie hoch sind die Kosten für den EG-Rindfleischmarkt (Produktionsprämie, Aufkauf, Einlagerung, Lagerhaltung und Exportsubventionen), und wie hoch ist der Betrag pro Mastrind?
2. Abgeordnete
Ulrike Mehl
(SPD) Welchen Stand haben die Beratungen über die einheitlichen Grundsätze bei der Zulassung von Pestiziden auf EG-Ebene, und welche Haltung nimmt die Bundesregierung gegenüber den Bestrebungen der Agrarchemie ein, die mögliche Wassergefährdung als Zulassungskriterium aufzugeben und den EG-Trinkwassergrenzwert für Pestizide nicht als Qualitätsziel für die Belastung des Grundwassers festzuschreiben?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

3. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.) Wurde der Besuch von Generalinspekteur Naumann in Israel mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt, und auf welche Beschlüsse der Bundesregierung konnte der Generalinspekteur sich beziehen, als er mit dem israelischen Generalstabschef vereinbarte, „die Zusammenarbeit bei der Rüstungstechnologie zu vertiefen“ (lt. „Welt am Sonntag“ vom 22. November 1992)?
4. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD) Welche Bedrohungsanalyse liegt den konzeptionellen Anforderungen des von Bundesminister Volker Rühle geforderten Kampf-Jet (Projekt NEFA) zugrunde?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie
und Senioren**

5. Abgeordnete
Barbara Weiler
(SPD) Wie kann die Bundesregierung den Widerspruch erklären, daß es in der Sozialpolitischen Umschau Nr. 325/1992 heißt: das „Anspruchsbewußtsein“ der Sozialhilfeempfänger sei gewachsen und Ansprüche werden „selbstbewußt eingefordert“,

und andererseits dem 4. Band des Forschungsberichts zur Alterssicherung in Deutschland 1986 des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung zu entnehmen ist, daß die Zahl der latenten, nicht wahrgenommenen Ansprüche (347 000) die Zahl der tatsächlich durch Sozialhilfe unterstützten Haushalte (195 000) um beinahe das Doppelte übersteigt?

6. Abgeordnete
Barbara Weiler
(SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, unter dem Deckmantel einer vorgeblich „schleichenden Gefahr, daß sich die Bezieher an die staatliche Hilfe als Selbstverständlichkeit gewöhnen“ (Sozialpolitische Umschau Nr. 325/1992), Kürzungen der Sozialhilfe vorzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Frauen und Jugend

7. Abgeordnete
Anke Eymmer
(CDU/CSU)

Welche Hilfen – z. B. medizinische und psychologische Beratung – wird die Bundesregierung den Flüchtlingsfrauen aus dem ehemaligen Jugoslawien, die vergewaltigt wurden und sich jetzt in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, zukommen lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

8. Abgeordnete
Ulrike Mehl
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung im Hinblick auf ihre bisherigen Stellungnahmen und die Regelungen der Gefahrstoffverordnung die Tatsache, daß gegen die Stimmen des deutschen Vertreters die europäische Normenorganisation CEN die weitere Verwendung von Asbestzementrohren für Trinkwasserleitungen zugelassen hat, und wie kann sichergestellt werden, daß in der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung von Gesundheitsschäden keine neuen Asbestrohre für Trinkwasserleitungen verwendet werden?

9. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung des Industrieverbandes Agrar, im Zusammenhang mit der europäischen Zulassung von Pestiziden den Grenzwert der EG-Trinkwasserrichtlinie durch höhere Grenzwerte für einzelne Wirkstoffe zu ersetzen, und warum wurden die bei uns vor-

geschriebenen Lysimeterverfahren zum Nachweis der Grundwasserschädigung durch Pestizide bei der europäischen Zulassung nicht verbindlich vorgeschrieben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation

- | | |
|--|---|
| 10. Abgeordneter
Claus
Jäger
(CDU/CSU) | Ist es nach Auffassung der Bundesregierung zulässig, daß politische Parteien Telefonkarten von TELEKOM-Tochter Deutsche Postreklame GmbH durch entsprechende Aufdrucke zur Parteipropaganda verwenden, und erstreckt sich der Kontrahierungszwang dieser Firma auch auf derartige Aufträge? |
| 11. Abgeordnete
Dr. Gisela
Babel
(F.D.P.) | Ist bei der Einführung der neuen Postleitzahlen daran gedacht worden, daß die deutschen Rentenversicherungsträger in große Verwaltungsschwierigkeiten (Computerprogramme) geraten könnten? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

- | | |
|--|--|
| 12. Abgeordneter
Dr. Karl-Heinz
Klejdzinski
(SPD) | Wie hoch waren die Ausgaben des Bundes für Forschung und Entwicklung, regionale Wirtschaftsförderung (Einzelplan 14/Verteidigung, Einzelplan 09/Wirtschaft, Einzelplan 30/Forschung und Technologie, Einzelplan 13/Post und Telekommunikation) im Fünfjahres-Vergleich insgesamt, und in welche Bundesländer wurden die Aufträge – ausgedrückt in Prozenten und in absoluten Zahlen – gelenkt? |
| 13. Abgeordneter
Dr. Karl-Heinz
Klejdzinski
(SPD) | Ist die Bundesregierung in der Lage, mir mitzuteilen, wie viele Arbeitsplätze und in welchen Regionen durch die Ausgaben des Bundes, bezogen auf die obengenannten Einzelpläne neu geschaffen, erhalten oder langfristig gesichert wurden? |

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

14. Abgeordneter
**Detlev
von Larcher**
(SPD)
- Treffen Informationen der Zeitschrift „Wirtschafts-Woche“ (Nr. 48 vom 20. November 1992 S. 34 ff.) zu, wonach 1986/87 durch eine „unter-der-Hand-Diplomatie“ unter Mitwirkung des damaligen Abteilungsleiters für Außen- und Sicherheitspolitik im Bundeskanzleramt über die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft und die Behebung der finanziellen Schwierigkeiten der DDR verhandelt und als Gegenleistung die Öffnung der Mauer angeboten wurde?
15. Abgeordneter
**Detlev
von Larcher**
(SPD)
- Trifft es zu, daß diese Verhandlungen bereits vor dem Besuch Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen waren und nur am Widerstand Honeckers gescheitert sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

16. Abgeordnete
**Renate
Blank**
(CDU/CSU)
- Welche Lösungswege faßt die Bundesregierung ins Auge, im Falle einer Aufhebung des Kontrahierungszwanges bei der Kfz-Versicherung – wie von der Koalitionsarbeitsgruppe Deregulierung gefordert – sicherzustellen, daß jeder Verkehrsteilnehmer einen ausreichenden Versicherungsschutz erhalten kann?
17. Abgeordnete
**Dr. Margret
Funke-
Schmitt-Rink**
(F.D.P.)
- Wie viele Ermittlungsverfahren laufen seit Jahresbeginn gegen Personen aus der rechtsradikalen/rechtsextremen Szene (aufgeschlüsselt nach Alter, Geschlecht, Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse, Erwerbstätigkeit bzw. Arbeitslosigkeit, Vorstrafen der Tatverdächtigen), und um welche Tatbestände handelt es sich im einzelnen?
18. Abgeordneter
**Dr. Michael
Luther**
(CDU/CSU)
- Wann legt das Bundesministerium der Justiz das seit langem versprochene 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz vor?

19. Abgeordneter
**Dr. Michael
Luther**
(CDU/CSU)
- Wann legt das Bundesministerium der Justiz das dringend benötigte Sachenrechtsbereinigungsgesetz vor?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

20. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist der Gesamtbetrag, den die Treuhandanstalt bisher in 1992 im Rahmen ihres sogenannten Bonussystems an leitende Mitarbeiter ausgezahlt hat?
21. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe hat die Treuhandanstalt Bonusprämien an die 104 Mitarbeiter gezahlt, die laut Bericht des Bundesministeriums der Finanzen vom 8. September 1992 der ehemaligen DDR-Nomenklatura angehörten und noch immer für die Treuhandanstalt im Dienst sind bzw. darüber hinausgehend an ehemalige Mitarbeiter, die dieser Nomenklatura angehörten und bereits ausgeschieden sind?
22. Abgeordneter
**Martin
Grüner**
(F.D.P.)
- Welche wettbewerbspolitische Bedeutung hat die Ratsprotokollerklärung vom 15. Oktober 1992: „Der Rat und die Kommission erklären, daß auf ein oder mehrere Papiere aufgebrachte Tabakwaren, die erst geraucht werden können, wenn der Verbraucher den Tabak preßt und das Papier rollt und klebt, nicht als ‚Zigaretten‘ angesehen werden“?
23. Abgeordneter
**Martin
Grüner**
(F.D.P.)
- Von welchem Mitgliedstaat ist diese Protokollerklärung beantragt worden, und aus welchen Gründen hat die Bundesregierung dieser Erklärung zugestimmt?
24. Abgeordneter
**Markus
Meckel**
(SPD)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung die unterschiedliche Wertbegutachtung der Liegenschaft „ehemalige NVA-Kaserne („Rote Kaserne“) in O-2130 Prenzlau, Karl-Marx-Str./Grabowstr., ehemals Alsenstr. 1 und 3 Flurstück 66“ einerseits durch den Kreis Prenzlau in Zusammenarbeit mit dem Bundesvermögensamt Frankfurt/Oder in Höhe von 962 000 DM und andererseits durch die Oberfinanzdirektion Cottbus in Höhe von 2 900 000 DM?

25. Abgeordneter
Markus Meckel
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, dem Kreis Prenzlau die genannte Liegenschaft unter Hinweis auf die mehr als angespannte finanzielle Lage des Kreises zu dem symbolischen Preis von 1 DM zu überlassen, da der Kreis Prenzlau das Objekt für kommunale Zwecke (Zentralisierung der Kreisverwaltung) nutzen wird und bis dato Investitionen in Höhe von ca. 900 000 DM vornehmen mußte um das Objekt vor dem weiteren Verfall zu schützen?
26. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard-Schmid
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die bisher von ihr vertretene Rechtsauffassung, bei den Verbindlichkeiten der Staatskreditschuldner der ehemaligen DDR handele es sich zweifelsfrei um rechtsgültige Schuldverhältnisse, angesichts der Tatsache, daß diese früheren Verbindlichkeiten in Mark der DDR mit systembedingtem Niedrigzins durch die mit der Währungsunion festgelegte Währungsdisparität im Rechtssinne durch staatlichen Eingriff derart umgestaltet wurde, daß die Schuldner bei Vertragstreue durch die erhebliche Verteuerung der Altkredite in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sind?
27. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard-Schmid
(SPD)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Hochbewertung von Spar- und Geschäftskonten in Mark der DDR auf Haben-Basis auf die im gleichen Umfang belasteten Staatskreditschuldner durch entsprechende Ausgleichsforderungen im Verhältnis zur wirtschaftlich feststellbaren Disparität im Faktor 6,5 sicherzustellen?
28. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Wie kontrolliert die Bundesregierung, wohin die sogenannten Transferrubelzahlungen im einzelnen laufen bzw. gelaufen sind?
29. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Wird in allen Bundesländern, wie z. B. in verschiedenen Regionen des Freistaates Bayern, das sogenannte „Schulsparen“ nur über die jeweils örtlichen „Sparkassen“ mit einem durchschnittlichen Zinssatz von 2,5% durchgeführt, oder sind auch andere Kreditinstitute einbezogen?
30. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die veröffentlichte Meinung verschiedener Presseorgane, daß es jeder ökonomischen Vernunft widerspricht und zur objektiven Entwertung des angelegten Geldes führt, wenn Kinder ihr Geld im „Sparbuch“ anlegen, dessen Zinsertrag nicht einmal die Inflationsrate ausgleicht?

31. Abgeordneter
**Ottmar
Schreiner**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Analyse des RWI und die Auffassung des Vorstandes der Bundesanstalt für Arbeit, daß bei der Finanzierung der deutschen Einheit eine erhebliche soziale Schieflage entstanden ist, weil Arbeiter und Angestellte weit überdurchschnittlich, Beamte und Selbständige weit unterdurchschnittlich belastet wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

32. Abgeordneter
**Dr. Bernd
Protzner**
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung zur Wettbewerbsverbesserung im Bereich der Stromwirtschaft ergreifen, sofern auf europäischer Ebene keine Einigung über die Vorschläge der EG-Kommission für die Richtlinien des Rates zum Elektrizitäts- und Gasmarkt erzielt wird?
33. Abgeordneter
**Dr. Bernd
Protzner**
(CDU/CSU)
- Wie weit ist die Deregulierung im Bereich des Sachverständigenwesens national und auf EG-Ebene gediehen, und wie gedenkt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang sicherzustellen, daß die bestehenden Qualitäts- und Sicherheitsstandards im technischen Prüfungs- und Sachverständigenwesen nicht beeinträchtigt werden?
34. Abgeordnete
**Siegrun
Klemmer**
(SPD)
- Welchen Umfang hat die für den Haushalt der WISMUT-GmbH im kommenden Jahr gegenüber dem diesjährigen Haushalt geplante Streichung und bestätigt die Bundesregierung die Einschätzung, daß, angesichts der von ihr in ihrer Antwort auf eine Große Anfrage (Drucksache 12/3309, Vorbemerkung) angegebenen 250 km² Verdachtsflächen, für die sie aus juristischen Gründen die Haftung ablehnt, die für das nächste Jahr im WISMUT-Haushalt gestrichenen Summen in einem „Nothilfefonds Altlastensanierung“ den Kommunen Ostdeutschlands zur Verfügung gestellt werden müssen, die andernfalls mit der Sanierung der auf ihren eigenen Liegenschaften befindlichen Altlasten überfordert wären?
35. Abgeordnete
**Siegrun
Klemmer**
(SPD)
- Bestätigt die Bundesregierung die Angaben des Fernsehmagazins FAKT (Mittwoch, 11. November 1992, ARD 21.00 Uhr), denen zufolge die Bundesregierung keineswegs der Ansicht ist, daß die WISMUT für die weitere Förderung von Uran im

- Bergbaugebiet Königstein die Unbedenklichkeit bezüglich möglicher Gefahren für das dortige Trinkwasserreservoir bewiesen habe und dennoch die WISMUT mit der Förderung von insgesamt 2000 t Uran fortfahren will, die auf dem Weltmarkt verkauft werden sollen?
36. Abgeordneter
Wolfgang Roth
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bewußt, daß mit der Erschöpfung des Hermes-Kreditplafonds für die GUS ein Zusammenbruch des Osthandels mit den GUS droht, und damit zahlreiche Arbeitsplätze insbesondere in den neuen Bundesländern in Gefahr sind, wenn nicht unmittelbar eine finanzielle Anschlußlösung entweder durch Aufstockung des Kreditplafonds oder in anderer Form gefunden wird, und was gedenkt die Bundesregierung in dieser Hinsicht zu tun?
37. Abgeordneter
Wolfgang Roth
(SPD)
- Wie gedenkt die Bundesregierung, entsprechend den Ankündigungen des Bundesministers für Wirtschaft in der Sitzung des Deutschen Bundestages vom 23. September 1992, in den Fällen zu verfahren, in denen Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland für Ausfuhren in die GUS bereits vor Erschöpfung des Kreditplafonds Anträge aus Ausfuhrbürgschaften gestellt haben und für diese Anträge bereits eine positive Stellungnahme für die Entscheidung des Bürgschaftsausschusses der Hermes-Kreditversicherungs AG vorliegt, und wie hoch ist die Anzahl derartig befürworteter Anträge aus den neuen Bundesländern, die seit Erschöpfung des Kreditplafonds nicht mehr bedient worden sind?
38. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Initiativen, Teppiche, die garantiert ohne den Einsatz von Kinderarbeit hergestellt wurden, durch ein Gütesiegel besonders zu kennzeichnen, und ist die Bundesregierung bereit, eventuell bestehende juristische Hürden für die Einführung eines solchen Gütezeichens in der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen?
39. Abgeordneter
Siegmar Mosdorf
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung in der breit angelegten Anzeigen-Kampagne in renommierten Wirtschaftsmagazinen wie z. B. der „Wirtschaftswoche“ Nr. 47 vom 13. November 1992 und Nr. 48 vom 20. November 1992, mit der die englische Regierung Investoren aus Deutschland abwerben will, eine Art von Piraterie im gemeinsamen europäischen Haus?
40. Abgeordneter
Siegmar Mosdorf
(SPD)
- Welche Standortfaktoren Deutschlands wird die Bundesregierung den englischen Argumenten entgegenhalten, und wie fördert sie diese Faktoren?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

41. Abgeordnete
**Gerlinde
Hämmerle**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter bisher offensichtlich nicht in der Lage sind, Rentenansprüche aus nach dem 31. Dezember 1991 eingetretenen Versicherungsfällen endgültig festzustellen, und wie bewertet sie ggf. diese Situation auch vor dem Hintergrund, daß seit der Verabschiedung des Rentenreformgesetzes 1992 im November 1989 bereits drei Jahre vergangen sind?
42. Abgeordnete
**Gerlinde
Hämmerle**
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, daß dies auch für die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte gilt, und welche Maßnahmen wird sie ggf. ergreifen, um einerseits den Rentenversicherungsträgern insgesamt eine stärkere Beachtung ihrer Sorgfaltspflicht gegenüber ihren Versicherten aufzuerlegen und andererseits den Rentenantragsstellern eine unzumutbar lange Unsicherheit über ihre Rentenansprüche zu nehmen?
43. Abgeordneter
**Dr.-Ing. Rainer
Jork**
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für angebracht, daß die Personalausstattung der Arbeitsämter in den neuen Bundesländern unter den gleichen Gesichtspunkten wie in den alten Bundesländern, also in Relation zur Bevölkerungsstruktur erfolgt oder sind Zuschläge in Anbetracht der aktuellen Arbeitsmarktlage in den neuen Bundesländern über die Möglichkeiten der Nutzung von ABM auch bei der Beschäftigung auf Arbeitsämtern hinaus vorgesehen?
44. Abgeordneter
**Dr.-Ing. Rainer
Jork**
(CDU/CSU)
- Wie wird für eine Übergangszeit bis zu einer vergleichbaren Situation auf dem Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern, bezogen auf die Situation in den alten Bundesländern, die Personalausstattung auf den Arbeitsämtern in den neuen Bundesländern vorgesehen und wird eingeschätzt, daß diese Ausstattung dem Bedarf entspricht?
45. Abgeordneter
**Ottmar
Schreiner**
(SPD)
- Welche konkreten Vorstellungen hat die Bundesregierung im Hinblick auf die vom Deutschen Bundestag aufgeworfene Frage, ob die Leistungen aktiver Arbeitsmarktpolitik für die neuen Bundesländer nicht aus Steuermitteln oder einer Arbeitsmarktabgabe zu finanzieren sind?

46. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler**
(SPD)

In welcher Weise wird die Bundesregierung die Vorgabe des jüngsten Karlsruher Urteils zur Gestaltung der Arbeitslosenhilfe bei Ehepaaren und Paaren von Lebensgemeinschaften umsetzen, und bis wann ist mit entsprechenden Initiativen zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

47. Abgeordneter
**Hans-Eberhard
Urbaniak**
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundesbahn darüber entschieden hat, daß der Ausbau der Strecke Dortmund/Paderborn gestoppt werden soll, weil durch die höheren finanziellen Forderungen der Spezialbaufirmen, die mit der Sanierung der Deutschen Reichsbahn betraut und ausgelastet sind, Mehrausgaben von 25 Mio. DM zustande gekommen sind?

48. Abgeordneter
**Hans-Eberhard
Urbaniak**
(SPD)

Wie gedenkt die Bundesregierung auf die Deutsche Bundesbahn einzuwirken, daß die Strecke Dortmund — Paderborn — Kassel doch noch in den 90er Jahren mit Tempo 160 km/h befahren werden kann?

49. Abgeordneter
**Horst
Peter**
(Kassel)
(SPD)

Welche Auswirkungen wird die aus Presse-Meldungen der Westfälischen Rundschau vom 24. November 1992 bekanntgewordenen Absicht der Deutschen Bundesbahn haben, den Ausbau des Streckenabschnitts zwischen Soest und Paderborn der Bundesbahn-Ausbautrecke Dortmund — Kassel zu stoppen und die Ausführung europaweit neu auszuschreiben?

50. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz**
(CDU/CSU)

Warum soll sich der Beginn des Ausbaus der DB-Ausbautrecke Dortmund — Kassel im Bereich Soest — Paderborn um zwei Jahre verzögern, obwohl lediglich eine erneute Ausschreibung vorgesehen ist?

51. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, der Deutschen Bundesbahn aufzugeben, den Ausbau der Strecke auch unabhängig vom Fahrplanwechsel im Mai 1993 in Angriff zu nehmen?
52. Abgeordneter
Dr. Klaus-Dieter Feige
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aufgrund welcher Genehmigungen soll der von Bundesminister Dr. Günther Krause angekündigte erste Spatentisch für die Autobahn A 20 am 21. Dezember 1992 erfolgen?
53. Abgeordneter
Dr. Klaus-Dieter Feige
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wurde im Zuge des Genehmigungsverfahrens für diesen ersten Abschnitt der A 20 eine Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß Richtlinie 85/337/EWG durchgeführt, und zu welchem Ergebnis kommt diese Umweltverträglichkeitsprüfung?
54. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zum geplanten Verkauf der Südbaden-Bus-Gesellschaft (SBG) ein?
55. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Südbadischen Landkreise und die Stadt Freiburg die SBG übernehmen wollen, weil sie nur dann, wenn die öffentliche Hand Eigentümer der SBG ist, die Gewähr darin sehen, daß dann ihr öffentliches Nahverkehrskonzept auch voll umgesetzt werden kann?
56. Abgeordneter
Uwe Lambinus
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den schwerwiegenden Nachteil zu beseitigen, der den Senioren durch den Wegfall des „Seniorenpasses“ und die Einführung der „Bahn-Card“ entstanden ist, da damit die bisherige Fahrpreismäßigung für Omnibusse des öffentlichen Personennahverkehrs nicht mehr gewährt wird?
57. Abgeordneter
Uwe Lambinus
(SPD)
- Ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß diese Benachteiligung insbesondere diejenigen Senioren trifft, die im ländlichen Raum ohne Bahnhof leben und deshalb auf Omnibusse angewiesen sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

58. Abgeordnete
**Marion
Caspers-Merk**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Rechtsauffassung eines Gutachtens von Prof. Dr. Hans-Ulrich Gallwas, nach der die Befreiung des Handels von der Rücknahme- und Pfandpflicht nach der Verpackungsverordnung (VerpackV) automatisch eintritt, sobald die Voraussetzungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 VerpackV erfüllt sind, da die Freistellungserklärung durch die jeweilige Landesregierung lediglich eine rechtssichernde Funktion habe, eine Befreiung von der Pfand- und Rücknahmepflicht mithin auch dann wirksam würde, wenn die Landesregierung die Freistellung nicht oder nicht rechtzeitig erklärt, und wenn ja, hat die Bundesregierung eine derartige Rechtsauffassung mit der Formulierung der VerpackV gewollt?
59. Abgeordnete
**Marion
Caspers-Merk**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die in demselben Gutachten dargelegte Rechtsauffassung, daß die entsorgungspflichtigen Körperschaften gegenüber dem Dualen System insoweit keine eigenständige Rechtsposition haben, als diese Körperschaften kein Vetorecht gegen die Einführung des Dualen Systems haben, wenn das Duale System objektiv darlegen kann, daß es die Belange der jeweiligen Kommune berücksichtigt hat und wenn ja, hat die Bundesregierung eine derartige Rechtsauffassung mit der Formulierung der VerpackV gewollt?
60. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Berichte ukrainischer Wissenschaftler, wonach in der Sperrzone um das Atomkraftwerk Tschernobyl besorgniserregende Konzentrationen des Elements Americum 241 festgestellt wurden, und wird die Bundesregierung in Konsequenz daraus ihre Bestrebungen zu einer endgültigen Stilllegung von Tschernobyl verstärken?
61. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die sicherheitstechnischen Bedingungen für den geplanten Lufttransport von in Hanau gelagerten plutoniumhaltigen Brennelementen zum Schnellen Brüter in Dounreay in Schottland, und welche Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland und in Großbritannien wird die Bundesregierung für den Fall eines Transportunglückes zu Lande und in der Luft treffen?

62. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Treffen Pressemeldungen zu, wonach die Kernenergiewirtschaft in Abstimmung mit der Bundesregierung beabsichtigen soll, das Brennelemente-Eingangslager der inzwischen aufgegebenen Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf künftig als Zwischenlager für Atommüll zu nutzen, und wie ist nach den Informationen der Bundesregierung der Stand der Planungen zur Verwirklichung einer solchen Absicht?
63. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)
- Wie wird sichergestellt, daß die ab 1. Januar 1993 in den neuen Bundesländern verbotenen Pflanzenschutzmittel nicht mehr in Verkehr gebracht und umweltverträglich entsorgt werden, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung den neuen Ländern zu helfen, daß Umwelt- und Gesundheitsschäden durch die in den neuen Ländern lagernden, seit langem bzw. ab 1. Januar 1993 verbotenen Pflanzenschutzmittel möglichst schnell vermieden werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

64. Abgeordneter
Dr. Dietrich Mahlo
(CDU/CSU)
- Worauf ist es zurückzuführen, daß die Eröffnung eines Goetheinstitutes in Südafrika verzögert wird, bis dort eine Übergangsregierung im Amt ist, während eine große Zahl farbiger und weißer Südafrikaner darauf wartet, sich mit deutscher Sprache und Kultur beschäftigen zu können?
65. Abgeordneter
Dr. Dietrich Mahlo
(CDU/CSU)
- Mißt die deutsche Außen- und Menschenrechtspolitik mit zweierlei Maß, wenn die Nichteröffnung des Institutes in Johannesburg als erzieherische Maßnahme sittlich und politisch ein Zeichen setzen soll, während das Institut in Peking zu keiner Zeit, auch nicht nach dem Massaker an Studenten 1989, Opfer ähnlicher Prinzipienfestigkeit geworden ist?
66. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Was wird die Bundesregierung unternehmen, damit die Verpflichtung Polens gemäß Artikel 33 des Nachbarschaftsvertrages von polnischen Behörden eingehalten und es damit deutschen Staatsbürgern ermöglicht wird, Grundbuchauskünfte über die in ihrem Eigentum stehenden Liegenschaften in den Oder-Neiße-Gebieten zu erhalten?

- | | |
|--|---|
| 67. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.) | Hat es in diesem Jahr Zusagen der Bundesregierung gegeben, Israel finanziell z. B. auch durch Kredite bei Waffenkäufen zu unterstützen? |
| 68. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU) | Welche Initiativen und welche konkreten Anträge hat die Bundesregierung, die durch Staatsministerin Ursula Seiler-Albring auf meine schriftliche Anfrage mitgeteilt hat, daß eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung von Sarajewo bisher lediglich im Monat August sichergestellt werden konnte, und daß für eine gewaltsame Öffnung der Versorgungswege der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zuständig sei (Antwort auf Frage 5 in Drucksache 12/3781), beim Sicherheitsrat allein oder zusammen mit anderen europäischen Regierungen im Hinblick auf eine gewaltsame Öffnung der Zugangswege zur Versorgung der vom Hungertod bedrohten Bevölkerung von Sarajewo und anderen bosnischen Städten gestellt? |
| 69. Abgeordnete
Maria Michalk
(CDU/CSU) | Unterstützt die Bundesregierung die Forderung, Vergewaltigung als Kriegsverbrechen in völkerrechtliche Konventionen aufzunehmen und die institutionellen Möglichkeiten der internationalen Strafverfolgung zu verbessern? |
| 70. Abgeordnete
Bärbel Sothmann
(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, daß die Vereinten Nationen und Internationale Hilfsorganisationen wegen der systematischen Vergewaltigung von Frauen im ehemaligen Jugoslawien intervenieren, wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um solche Interventionen zu initiieren? |
| 71. Abgeordnete
Ortrun Schätzle
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung, Initiativen zu ergreifen, damit die Europäischen Gemeinschaften gegen Vergewaltigung als Mittel der Kriegsführung im ehemaligen Jugoslawien gemeinsam vorgehen? |
| 72. Abgeordnete
Sigrun Löwisch
(CDU/CSU) | Wie wird die Bundesregierung den Opfern von Vergewaltigungen im ehemaligen Jugoslawien, die aus ihren Familien ausgeschlossen werden, helfen? |
| 73. Abgeordnete
Dr. Sissy Geiger
(Darmstadt)
(CDU/CSU) | Sind von der Bundesregierung besondere Hilfsangebote für Frauen geplant, die aufgrund von Vergewaltigungen im ehemaligen Jugoslawien schwanger sind? |

74. Abgeordnete
**Irmgard
Karwatzki**
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, damit die systematische Vergewaltigung von Frauen, die Verbrechen an Frauen im ehemaligen Jugoslawien, sofort eingestellt werden?
75. Abgeordnete
**Ursula
Männle**
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung gesicherte Informationen über das Ausmaß von Vergewaltigungen im „jugoslawischen Kriegsgebiet“, vor allem durch serbische Truppen in Bosnien-Herzegovina, vor?
76. Abgeordnete
**Gabriele
Wiechatzek**
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß die Hilfen der Vereinten Nationen und Internationaler Organisationen für die Opfer von Vergewaltigung im ehemaligen Jugoslawien ausgebaut werden?
77. Abgeordnete
**Monika
Ganseforth**
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die gezielte beispielhafte Ausstattung der deutschen Botschaften im Sonnengürtel der Erde mit Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen für einen Beitrag zur notwendigen Umstrukturierung der Energieversorgung, und aus welchem Grund werden beispielsweise bei der neugebauten deutschen Botschaft in Brasilia keine Sonnenkollektoren zur Erwärmung des Brauchwassers verwendet?
78. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung bisher unternommen, um über das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut die volle Souveränität der Bundesrepublik Deutschland sowohl bei der Gestaltung der Rechtsverhältnisse von Zivilbeschäftigten bei den NATO-Streitkräften als auch bei der Verfügungsgewalt der Bundesrepublik Deutschland über die Nutzung, Entsorgung und Verwertung der Liegenschaften, die die NATO-Streitkräfte in Besitz haben, zu erreichen?
79. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)
- Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung über die Haftbedingungen und den Gesundheitszustand der birmanischen Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin von 1991, Frau Aung San Suu Kyi, vor, und ist die Bundesregierung bereit, sich mit allem Nachdruck für eine Aufhebung des Hausarrestes von Frau Aung San Suu Kyi und einen demokratischen Dialog der birmanischen Militärregierung mit der Opposition in Birma unter Einbeziehung gesellschaftlich wichtiger Gruppen einzusetzen?

80. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die außenpolitischen Implikationen des Verkaufs von U-Booten und Fregatten an Taiwan, und ist die Bundesregierung bereit, vor einer Genehmigung eines solchen Rüstungsgeschäftes den Auswärtigen Ausschuß und den Verteidigungsausschuß zu informieren?
81. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Rüstungsexporte von Rußland und anderen GUS-Staaten in Krisengebiete, und hat es Zusicherungen im Zusammenhang mit Wirtschaftshilfen an die Sowjetunion und die GUS-Staaten gegeben, daß sich diese Staaten bei Rüstungsexporten zurückhalten würden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

82. Abgeordneter
Günter Graf
(SPD)
- Welche Konzeption verfolgt die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Wegfalls der Grenzkontrollen zum 1. Januar 1993 (Schengener Abkommen) hinsichtlich der Grenzschutzdienststellen im Bereich des Landes Niedersachsen, und welche personellen Folgerungen ergeben sich daraus?
83. Abgeordneter
Günter Graf
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Grenzschutzstellen Bad Bentheim/BAB und Bunde aufzulösen, und in welcher Form ist daran gedacht, das vorhandene Personal sozialverträglich umzusetzen?
84. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(F.D.P.)
- Hält es die Bundesregierung für zeitgemäß, daß zwei Jahre nach Herstellung der deutschen Einheit an wissenschaftliche Mitarbeiter von Abgeordneten nach erfolgter Sicherheitsüberprüfung die vom Bundesamt für Verfassungsschutz im Auftrag des Bundesministers des Innern 1985 herausgegebene Broschüre „Ihre Verantwortung – unsere Sicherheit“, 3. Auflage Juni 1988, verteilt wird, in der unter anderem die DDR und ihr Staatssicherheitsdienst als die Hauptgegner der Bundesrepublik Deutschland und „Der Weg eines Einreiseantrages durch die DDR-Instanzen“ dargestellt werden?

85. Abgeordneter
Heinz-Dieter Hackel
(F.D.P.)
- Wie viele Bewerber haben sich für offene Positionen beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf und die Außenstellen gemeldet, und wie viele sind bisher eingestellt worden?
86. Abgeordneter
Heinz-Dieter Hackel
(F.D.P.)
- Mit wie vielen Bewerbern rechnet die Bundesregierung für das Bundesamt und seine Außenstellen bei Inkrafttreten des Beamtenverwendungsgesetzes?
87. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(F.D.P.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den vom ZDF geplanten Kooperationsvertrag mit dem amerikanischen Nachrichtensender CNN unter medien- und wettbewerbsrechtlichen Gesichtspunkten?
88. Abgeordnete
Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink
(F.D.P.)
- Wie viele rechtsradikale/rechtsextreme Organisationen sind bekannt, und wie ist der Organisationsgrad (Strukturierungen und Bewertungen) dieser Gruppierungen?
89. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche Auswirkungen für das internationale Ansehen der Bundesrepublik Deutschland wird es nach Meinung der Bundesregierung haben, daß im Vorstand des größten deutschen Rüstungskonzerns ein Mitglied sitzt, das es für richtig hält, auf seinem Grundstück die Reichskriegsflagge, inzwischen „Symbol der Gewalt von Skinheads und Neonazis“ („Badische Zeitung“, 2. Dezember 1992), aufzuziehen, und daß nach Bekanntwerden dieses Verhaltens derselbe Mann in das Präsidium des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) gewählt worden ist?
90. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der Initiative des genannten Managers und neuen Mitgliedes des BDI-Präsidiums, eine Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag des Abschusses der ersten deutschen V-2-Rakete in Teenemünde vorzubereiten, sowie dem privaten Hissen der Reichskriegsflagge, und welche praktischen Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls aus solchen Erkenntnissen?
91. Abgeordneter
Dr. Nils Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um Arbeitsimmigranten der ehemaligen DDR (z. B. Vietnamesen, Mosambikaner, Angolaner) zu ermöglichen, sich über 1992 hinaus in Deutschland aufzuhalten, falls die Betroffenen dies wünschen, d. h. wird sie die Initiative des Landes

Brandenburg im Bundesrat aufgreifen, und stimmt die Bundesregierung mit mir überein, daß diese Menschen, die von Deutschen ins Land geholt worden sind, grundsätzlich ähnlich zu behandeln sind, wie die „Gastarbeitnehmer“, die die alte Bundesrepublik Deutschland, insbesondere in den 50er und 60er Jahren nach Deutschland eingeladen hat?

**92. Abgeordneter
Dr. Nils
Diederich
(Berlin)
(SPD)**

Billigt die Bundesregierung die Verhaltensweisen des Landes Mecklenburg-Vorpommern und auch des Landes Thüringen, auch Arbeitnehmer, die in Lohn und Brot stehen und offenkundig benötigt werden, am Ende des Jahres 1992 abzuschieben?

Bonn, den 4. Dezember 1992